



Was tun gegen Rechtspopulisten? Europäische Erfahrungen

Karsten Grabow

Zum Mitnehmen

- Rechts- und Nationalpopulismus ist in Europa kein neues Phänomen. Deutschland ist umgeben von Ländern, in denen rechts- und nationalpopulistische Parteien seit Jahren etabliert sind.
- In Deutschland ist mit der AfD eine rechtspopulistische Partei auf dem Vormarsch.
- In der Auseinandersetzung mit rechts- und nationalpopulistischen Parteien gibt es kein Patentrezept. Die häufigste Reaktion bestand aus der kompletten Ausgrenzung der Rechts- oder Nationalpopulisten. Die meisten Reaktionsstrategien blieben jedoch erfolglos.
- Die besten Mittel gegen rechte Populisten sind die offene Auseinandersetzung mit ihnen und problemlösende Politik.

INHALT

2 | Einleitung

2 | Rechts- und Nationalpopulismus: Konzeptionelle Anmerkungen

3 | Europäische Gegenstrategien: (k)ein Erfolgsrezept?

5 | Was also tun?

Ein schnell wirkendes Patentrezept gegen Rechtspopulisten gibt es nicht.

Einleitung

Rechter Populismus, also das Anstacheln ausländer- und vor allem einwandererfeindlicher Ressentiments ist für die Bundesrepublik kein neues Phänomen. Aber Tempo und Intensität, mit der sich AfD, Pegida und ein Heer nicht organisierte Hetzer auf Straßen und im Netz Gehör und in Landtagen Mandate verschaffen, ist neu in Deutschland. Die Reaktionen der demokratischen Öffentlichkeit auf das Erstarken von Rechtspopulisten reichen von offener Gegenwehr über moralische Entrüstung und Beschimpfungen von Organisatoren und Mitläufern abendlicher Aufmärsche über den Versuch, diese Bewegung zu ignorieren oder die eine oder andere Forderung der rechten Scharfmacher zu übernehmen, um schwankende Wähler zu halten. Auch ein gewisses Maß an Hilflosigkeit im Umgang mit Rechtspopulisten ist zu beobachten. Bloß keinen Fehler machen, lautete die Devise.

Aber gibt es bessere, vor allem wirksame Gegenstrategien? Ein Blick auf unsere Nachbarländer kann möglicherweise helfen, Antworten auf den europaweit grassierenden Rechtspopulismus zu finden. Schließlich gibt es das Problem in den meisten Ländern um Deutschland herum schon viel länger, sei es in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, in Österreich, der Schweiz oder Skandinavien. Auch in Mitteleuropa haben sich Rechts- und Nationalpopulisten etabliert oder sind zu solchen geworden. Gibt es nun aber eine gute oder gar schnell wirksame Strategie, gegen sie vorzugehen?

Zumindest was den zweiten Teil der Frage betrifft, fällt die Antwort negativ aus. Haben sich Rechtspopulisten erst einmal in der Öffentlichkeit eines Landes und dessen Parteiensystem festgesetzt, sind es im Grunde genommen nur sie selbst, die zu ihrem eigenen Fall beitragen. Das ist, wenn auch nicht immer auf Dauer, wiederholt geschehen, denken wir an den Absturz der FPÖ 2002 oder den tiefen Fall der Schill-Partei 2004, beide Male übrigens nachdem sie von Christdemokraten an Regierungskoalitionen beteiligt wurden. Aber verlassen sollte man sich auf diesen „Entzauberungseffekt“ oder die Lust an der Selbsterstörung der Rechtspopulisten nicht. Ein schnell wirkendes Patentrezept gegen sie ist jedenfalls noch nicht gefunden, wohl aber lassen sich mögliche Gegenstrategien aufzeigen.

Rechts- und Nationalpopulismus: Konzeptionelle Anmerkungen

Das Stichwort, das die betreffenden Parteien im analytisch nebligen, aber verbreiteten Sprachgebrauch der Partei typologien zu „rechten“ Parteien macht, heißt „Exklusion“ (Betz 2001, Priester 2012). Rechte und nationalistische Parteien versuchen, einen Identitätskern für eine begrenzte Personengruppe und ein begrenztes Territorium zu erzeugen und diesen gegen andere zu verteidigen. In horizontaler Perspektive sind diese „anderen“ alle, die nicht dem eigenen Kulturkreis angehören, also Einwanderer, Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende. Sie stellen, so die Argumentation, eine Bedrohung für die kulturelle Identität der Einheimischen dar, sei es aufgrund anderer Hautfarben, anderer Religionen, anderen Gesellschafts- und Rechtsvorstellungen oder anderer Vorstellungen zur Rolle von Frauen. In vertikaler Perspektive sind die „anderen“ Vertreter des sog. politischen und gesellschaftlichen „Establishments“, also etablierte demokratische Parteien, die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats und die Leitmedien, die aus einer Mischung aus politischer Korrektheit und Feigheit nichts gegen die drohende Überfremdung unternehmen würden. „Wir (die ehrlichen, kleinen Leute) gegen die (da draußen und da oben)“ ist die immer wiederkehrende Argumentationsfigur rechter Populisten. Sie erzeugen einen virtuellen Rückzugsraum für Einheimische, das sog. „Kernland“

Früher war alles
besser.

(vgl. Taggart 2000: 95; 2004: 67), das von außen bedroht und von den etablierten politischen Kräften nicht ausreichend geschützt wird. Ein Synonym für dieses Kernland ist die Nation, die sich durch gemeinsame Sprache, Geschichte und Normen auszeichnet. Der kulturell homogene und abgeschottete Nationalstaat, der von Menschen regiert wird, die sich um die Sorgen der „kleinen Leute“ kümmern, die hier geboren und aufgewachsen sind, die hier arbeiten und hier Steuern zahlen, wird zum Leitbild idealisiert, der vor dem kulturellen und sozialökonomischen Ausverkauf an fremde oder fremdgesteuerte Mächte schützt. Das ist europaweit die gemeinsame inhaltliche Basis rechts-nationaler Parteien. Stark verkürzt ist ihr Weltbild: Früher war alles besser.

Populistisch an diesen Parteien, besonders an ihren Spitzenleuten, ist die Art und Weise, wie sie sich an ihre potentielle Anhängerschaft wenden: alarmierend, Angst einflößend, mit Vorurteilen spielend, diskriminierend, missverständlich, verleumdend, anbiedernd, Tabus brechend und dabei bewusst die Rolle des Außenseiters suchend, wenn sich Teile der demokratischen Öffentlichkeit gegen diese Propaganda stellen. Mit Formulierungen wie „Ich sage, was Ihr denkt“ oder „Das wird man doch mal sagen dürfen“ versuchen Populisten, die Bande zu ihrer Anhängerschaft zu knüpfen, sich als Anwalt der „kleinen Leute“ zu inszenieren. Sie sind politische Unternehmer, die mit Sorgen spielen, Ängste und Bedrohungsgefühle verkaufen, so wie andere Unternehmer Schnürsenkel, Radiergummis, Fahrdienste oder andere Dienstleistungen am Markt anbieten.

Populisten sind Problemsucher, keine Problemlöser. Sie leben von latentem Unbehagen in Teilen der Bevölkerung, das sie wecken und anstacheln. Sie präsentieren für jedes von ihnen angesprochene Problem Schuldige, meist den Fremden oder „die da oben“ und haben stets eine schnelle Lösung parat. „(Kriminelle) Ausländer raus“, „Euro abschaffen“, „Grenzen schließen“ und wenn es sein muss, „von der Schusswaffe Gebrauch machen“. Hätten Jörg Haider oder Marine Le Pen jemals ein Handbuch für den Erfolg suchenden Rechtspopulisten geschrieben, könnte man nachlesen, wie die AfD spätestens nach dem Essener Parteitag vom Juni 2015 quasi Seite für Seite abarbeitet. Mehr oder weniger gut versteckt finden sich nationale, nationalistische, Minderheiten diskriminierende, ausländer- und fremdenfeindliche, medien- und den Institutionen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber feindliche Äußerungen bis hin zu harten gesellschaftlichen und politischen Tabubrüchen wie der von der Sprecherin Ende Januar 2016 vorgebrachten Forderung nach Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge bei dem Versuch, die deutschen Grenzen illegal zu übertreten. Natürlich haben die Verweise darauf, dass diese Sichtweise erstens nichts anderes als die geltende Rechtslage referiere und sie zweitens durch die Medien falsch interpretiert wurde, nicht gefehlt.

Europäische Gegenstrategien: (k)ein Erfolgsrezept?

Fünf Spielarten des
Umgangs mit Rechts-
und Nationalpopulis-
ten.

Mit Blick auf unsere europäischen Nachbarländer lassen sich fünf Spielarten identifizieren, mit denen die Öffentlichkeit zum einen und die demokratische Parteien zum anderen auf „ihre“ rechts- und nationalpopulistischen Parteien reagiert haben (vgl. Goodwin 2011, Grabow und Hartleb 2013a: 35ff.). Die erste und häufigste Reaktion bestand aus der kompletten Ausgrenzung der Rechts- oder Nationalpopulisten. Parteipolitische Variationen dieser Isolationsstrategie bestanden dahingehend, dass sich linke Parteien, nicht zuletzt um sich selbst in ein politisch-moralisch überlegenes Licht zu setzen, über die Rechts- oder Nationalpopulisten eher empörten, während konservative oder christlich-demokratische Parteien dazu neig(t)en, die neue Konkurrenz zu ignorieren (Mudde 2007: Kap. 10). Eine zweite Reaktionsstrategie bestand in der mehr oder minder offenen Übernahme von Forderungen der

Populisten, in der Hoffnung, auf diese Weise verloren gegangenes Terrain zurückzugewinnen. Drittens gab es Fälle, in denen sich – konservative – Minderheitsregierungen von den Rechts- oder Nationalpopulisten haben tolerieren lassen. Viertens wurden sie als Juniorpartner an Regierungen beteiligt. Im weltweit einzigartigen Regierungssystem der Schweiz, das aufgrund seiner proportional und kollegial organisierten Kabinettsstruktur keine Koalitionen bilden muss, sitzt die Volkspartei seit Jahren in der Bundesregierung, die fünfte Variante.

Von keiner dieser fünf Strategien kann gesagt werden, dass sie sich als Allheilmittel gegen den Vormarsch rechter Nationalpopulisten erwiesen hat. In der Schweiz wirkte die Regierungsbeteiligung für die SVP gar wie eine Frischzellenkur. Je radikaler sie dort und in ihren Kantonsverbänden wurde, desto erfolgreicher wurde sie auch und ist heute mit knapp 30 Prozent der abgegebenen Stimmen und zwei von sieben Bundesräten die stärkste politische Gruppierung des Landes.

Andere Reaktionsstrategien, wie ihre Einbindung in Regierungsverantwortung, haben zwar kurzfristig gewirkt. Die FPÖ hat nach knapp dreijähriger Juniorpartnerschaft mit der ÖVP ihre Wähler frustriert, weil sie keine einzige Forderung hat durchsetzen können. Bei den von ihr selbst provozierten Neuwahlen 2002 ist die Partei eingebrochen. Heute aber steht die FPÖ nahezu genauso stark da wie 1999. „Entzauberung durch Regierungsbeteiligung“ mag unter den Bedingungen von Koalitionsregierungen kurzfristig helfen, Rechts- und Nationalpopulisten als das zu zeigen, was sie sind, nämlich Lautsprecher ohne Substanz, aber dieser Weg macht wenig Freunde – im Inland wie im Ausland – und er ist kein Garant für die erfolgreiche Bekämpfung rechter und nationalpopulistischer Parteien. Außerdem hat diese Strategie auf nationaler Ebene auch nur einmal richtig funktioniert. In Finnland und in Norwegen schadet die Regierungsbeteiligung den „Finnen“ bzw. der Fortschrittspartei bisher nicht. Sie geben sich zwar an der einen oder anderen Stelle kompromissbereit, aber Teile ihrer Agenda, vor allem in der Einwanderungs- und im finnischen Fall auch hinsichtlich der Europapolitik, setzen sie um.

Die offene Auseinandersetzung mit Rechts- und Nationalpopulisten wurde besonders von konservativen oder christlich-demokratischen Parteien oft mit dem Argument gescheut, man wolle die kleinen Protestparteien und ihre aufgeregten Anführer nicht aufwerten. Moralische Entrüstung der linken Parteien („Es kann nicht sein ...“) mag zwar helfen, die eigenen Reihen zu schließen und sich darin wohl zu fühlen. Aber weder die eine noch die andere Art der Ausgrenzung konnte je dazu beitragen, aufstrebende Rechtspopulisten klein zu halten. Auch eine thematische Übernahmestrategie hat auf mittlere Sicht wenig bewirkt. 2007 konnte Nicolas Sarkozy schwankende Wähler am rechten Rand der UMP mit markigen Sprüchen gegen steigende Kriminalität in den überwiegend von Einwanderern bewohnten Gettos der französischen Großstädte noch binden, in dem er versprach, diese zu „kärchern“. Fünf Jahre später wählten die, die das gut fanden, doch lieber das Original und verschafften dem Front National nicht nur zwei Sitze in der Nationalversammlung, sondern ihrer Vorsitzenden auch einen Achtungserfolg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl. Seitdem treiben Marine Le Pen und der FN, der bei den Europawahlen 2014 stärkste Partei des Landes wurde, die gleichermaßen hilflosen Sozialisten und Republikaner vor sich her. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Großbritannien, wo die nationalistische UKIP bei den Europawahlen triumphierte und die Tories in Europa- und Einwanderungsfragen erheblich unter Druck gesetzt hat (Scianna 2015).

Entzauberung durch
Regierungsbeteiligung?

Geht etwas schief,
waren es immer
die anderen und
die Populisten sind
obenauf.

Tabelle 1: Reaktionsstrategien gegen rechts- und nationalpopulistische Parteien und deren heutige Stärke

Land	Strategie			Stärke (in Prozent) und Stellung ReNaPop im Parteiensystem		
	Öffentlichkeit	Mitte-links	Mitte-rechts	2000*	heute	Stellung
Dänemark	schweigen	schweigen	tolerieren	12,0	21,1	2./T.
Finnland	schweigen	schweigen	koalieren	1,0	17,6	3./J.
Frankreich	attackieren	verbale Empörung, de facto Hilflosigkeit	offiziell ignorieren, stille Annäherung	11,3	13,6	3./O.
Großbritannien	sowohl abgrenzen als auch Sympathie	schweigen	Annäherung	1,5	12,9	3./O.
Niederlande	schweigen	schweigen	tolerieren, ignorieren	-	10,1	3./O.
Norwegen	schweigen	schweigen	koalieren	14,6	16,3	3./J.
Österreich	schweigende Sympathie	schweigen	früher koalieren, heute angrenzen	10,0	20,5	3./O.
Schweden	abgrenzen	abgrenzen	abgrenzen	1,4	12,9	3./O.
Schweiz	schweigende Sympathie	schweigen und abgrenzen	schweigen und abgrenzen	22,5	29,4	1./R.

Legende:

* bzw. +/- 2 Jahre, je nach letzter Wahl vor/nach 2000.

T: toleriert Minderheitsregierung.

J: Juniorpartner in Koalitionsregierung.

O: Opposition.

R: Regierungsmitglied.

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Mudde (2007: 248-253), Grabow und Hartleb (2013a: 36ff.).

Am ungünstigsten erwies und erweist es sich, sich als Minderheitsregierung von Rechts- und Nationalpopulisten tolerieren zu lassen. Das verschafft ihnen maximalen Einfluss bei minimaler Verantwortung. Geht etwas schief, waren es immer die anderen und die Populisten sind obenauf, siehe Dänemark. Aber schon die Entscheidung, Tolerierungsmodelle zu schaffen, zerreißt demokratische Parteien, wie der tiefe Fall der niederländischen Christdemokraten nach den Wahlen von 2010 gezeigt hat. Sie stehen heute noch weitaus schlechter da (8,5 Prozent) als ihr einstiger stiller Partner, die PVV, die allerdings auch und als einzige der westeuropäischen rechtsnationalen Parteien Federn gelassen hat.

Was also tun?

Wie eben gesehen, einen Königsweg für den erfolgreichen Umgang mit Rechts- und Nationalpopulisten hat bislang noch niemand gefunden. Weder moralische Empörung noch Isolierung noch Koalitionsbildung oder Tolerierung haben verhindern können, dass sie zahlreicher und stärker wurden.

Das beste Mittel gegen rechten Populismus ist gute Politik. Im Falle der zwar abebbenden, aber noch währenden Flüchtlingskrise bedeutet das, existierende Probleme zu lösen, Schritt für Schritt: Kontrolle der Außengrenzen, humanitäre Versorgung der z.Zt. in Griechenland gestrandeten Flüchtlinge, Integration derer, die bleiben wollen und es im deutschen Interesse auch könnten und konsequente Anwendung aller rechtsstaatlichen und polizeilichen Mittel zur Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Das beste Mittel gegen rechten Populismus ist gute Politik.

Der populistische Rekurs auf die angeblich heile Welt in engen nationalstaatlichen Grenzen hilft dabei nicht. Deutschland ist, nicht nur in der Flüchtlingsproblematik, einer der Brennpunkte der Weltpolitik. Das kann man bedauern oder man kann, wie einige Nachbarländer, vor der Verantwortung weglaufen. Für die Bundesregierung war und ist das keine Option. Statt zu hadern, auch mit sich selbst, gilt es, sich stellenden Probleme zu lösen oder sie zumindest zu lindern.

Für den Umgang mit den Rechtspopulisten empfiehlt sich die offene Auseinandersetzung mit deren Propaganda, die sie als das zeigt, was sie sind: politische Unternehmer in eigener Sache ohne die Spur eines Lösungsansatzes für die angesprochenen Probleme. In den Landtagen und in der Öffentlichkeit sind ihnen Argumente und Leistung entgegenzustellen.

ANMERKUNG

Eine gekürzte Fassung dieses Papiers ist unter dem Titel „Was tun gegen die AfD? Europäische Erfahrungen“ am 18.03.2016 in The European erschienen, vgl.: <http://www.theeuropean.de/karsten-grabow/10809-was-tun-gegen-die-afd>.

LITERATUR

- *Betz, Hans-Georg (2001). "Exclusionary Populism in Austria, Italy and Switzerland", in: International Journal, 53. Jg., Nr. 3, S. 393-420.*
- *Goodwin, Matthew (2011). Right response. Understanding and counteracting populist extremism in Europe. London: Chatham House.*
- *Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013a). Europa – Nein danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa. Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.*
- *Grabow, Karsten und Florian Hartleb (Hrsg.) (2013b). Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe. Brüssel: Centre for European Studies.*
- *Mudde, Cas (2007). Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.*
- *Priester, Karin (2012). „Wesensmerkmale des Populismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5-6, S. 3-9.*
- *Scianna, Bastian Matteo (2015). „Großbritannien“, in: Karsten Grabow und Nico Lange. Spiel über Bande. Wie populistische EU-Gegner nationale Politik beeinflussen. Analysen und Argumente. Ausgabe 168. Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 14-17.*
- *Taggart, Paul (2000): Populism. Buckingham und Philadelphia: Open University Press.*
- *Taggart, Paul (2004): "Populism and Representative Politics in Contemporary Europe", in: Journal of Political Ideologies, IX. Jg., Nr. 3, S. 269-288.*

Der Autor

Dr. habil. Karsten Grabow
Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung, Team Innenpolitik
Telefon: +49(0)30/26996-3246
E-Mail: karsten.grabow@kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartner:
Nico Lange
Stellv. Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung
Leiter Team Innenpolitik
Telefon: +49(0)30/26996-3594
E-Mail: nico.lange@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-203-0

www.kas.de



*Der Text dieses Werkes ist
lizenziert unter den Bedingun-
gen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe
unter gleichen Bedingungen
3.0 Deutschland“,
CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter:
[http://creativecommons.org/
licenses/by-sa/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/))*

Titelfoto: © PM Cheung